

BBW *Magazin*

7/8

Juli/August 2016 ■ 68. Jahrgang



Monatszeitschrift
BBW –
Beamtenbund
Tarifunion

Beamtenpolitische Großwetterlage:

Stark bewölkt mit gelegentlichen Aufheiterungen

Seite 5 <

Anfang für
ein besseres
Miteinander –
vielleicht



BBW Beamtenbund Tarifunion

Als eigenständige Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland betreibt der dbb beamtenbund und tarifunion und mit ihm in Baden-Württemberg der BBW eine gezielte Berufspolitik für den öffentlichen Dienst.

Die an den Problemen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgerichtete Interessenvertretung ist nicht nur für diese selbst unverzichtbar: Sie nützt zugleich den Bürgerinnen und Bürgern und trägt zur Lösung staatlicher und gesellschaftspolitischer Probleme aus der unverfälschten Erfahrung und Interessenlage der im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen bei.

Die alle Sparten und Funktionen des öffentlichen Dienstes berücksichtigende Mitgliederstruktur des Beamtenbundes und sein demokratischer Aufbau garantieren, dass auch in Zeiten wachsender Gleichgültigkeit gegenüber Aufgaben, Struktur und Funktion des öffentlichen Dienstes bei politischen und gesellschaftlichen Instanzen sachverständige und engagierte Interessenvertretung geleistet wird.

Solidarisch ■ kompetent ■ erfolgreich!

Am Hohengeren 12 • 70188 Stuttgart
Telefon 07 11/1 68 76-0 • Telefax 07 11/1 68 76-76
Internet: www.bbw.dbb.de • E-Mail: bbw@bbw.dbb.de

> Editorial

*Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,*

die neue grün-schwarze Landesregierung hat mit ihrer Arbeit begonnen. In einer ersten Pressekonferenz legten der Ministerpräsident und die Finanzministerin erste Zahlen zur Haushaltssituation vor. Danach ist das tiefe Loch im Haushalt doch nicht bodenlos, wie noch vor Monaten behauptet. Es „fehlen“ 800 Millionen und eben nicht 2,8 Milliarden. Erklärt wird dies mit den geringeren Flüchtlingszahlen und sprudelnden Steuermehreinnahmen. Gespart werden soll in allen Ressorts – 370 Millionen sollen die Ministerien erbringen – und bei den großen „Ausgabenblöcken“, dem Personal und der Kommunalzuweisung, hier in der Höhe von 430 Millionen. Moment, ich korrigiere, nicht „beim Personal“, präziser bei den Beamtinnen und Beamten, denn Tarifiergebnisse der kommenden Jahre werden wohl ohne Abstriche den Tarifbeschäftigten im Landesdienst zugute kommen. Zu Recht, damit ich nicht falsch verstanden werde!

Es stimmt, 19 Milliarden im Landeshaushalt sind Personalausgaben, zehn Milliarden fließen in die Kommunen. Und es bliebe ja kaum Spielraum für echte Investitionen, deshalb sollten die Betroffenen, Ministerien, Kommunen und Beamtenschaft doch das nötige Verständnis aufbringen, in Verantwortung für das Land sparen zu müssen ...

Vergessen die fünf Beamten-sparrunden der letzten Legislatur, mit einem Handschlag weggewischt die Tatsache, dass das Land bislang noch nie solch üppige Einnahmen hatte. Und Augen zu angesichts

eines Vergleiches, dass die Steuereinnahmen von Baden-Württemberg über die letzten Jahrzehnte stets stärker gestiegen sind als ... die Ausgaben für das Personal, Aktive und Versorgungsempfänger.

Vorbild für das Sparen bei den baden-württembergischen Beamten scheint Hessen zu sein. Dort gab es eine Nullrunde und es wird gerade das Tarifergebnis teilweise auf die Landesbeamten übernommen. Der hessische Beamtenbund hat entschieden, dieses rechtlich anzufechten, unterstützt von Professor Dr. Battis, einem ausgewiesenen Verfassungsrechtler. Der Gang nach Karlsruhe ist eingeleitet.

Hinzu kommt, dass auch an anderer Stelle die Augen einfach geschlossen bleiben: In der Frage des Nachwuchsman-gels. In allen Gesprächen mit Vertretern der Kommunen wird Klage geführt, dass ausgeschriebene Stellen nicht oder erst nach weiteren Schleifen unter Anforderungsabsenkung besetzt werden können. Inzwischen ist dies ein Fixum selbst in der allgemeinen Verwaltung.

Es stimmt, „Geld allein macht nicht glücklich“. Der öffentliche Dienst hat mehr zu bieten, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie das lebens-lange Beschäftigungsverhältnis oder die Altersversorgung. Aber im Ringen um die besten Kräfte kann die Bezahlung ausschlaggebend werden, wenn in der Wirtschaft deutlich mehr, selbst im Bundesdienst, zum Beispiel beim BAMF, besser bezahlt wird. Vor diesem Hinter-grund ist die noch nicht eingelöste Zu-sage, die abgesenkte Eingangsbesol-dung zu revidieren, geradezu Gift beim Werben um den Nachwuchs.

Irritiert und sprachlos wird man dann angesichts der Veröffentlichung des Zwölf-Seiten-Papieres zu den Nebenab-reden der grün-schwarzen Koalition. Eine Auflistung von vielfältigen, geplan-ten Ausgaben, die entgegen der Koaliti-onsvereinbarung unter keinem Haus-haltsvorbehalt stehen. Da sind ange-



führt ein Bausanierungsprogramm, Digitalisierung, Wohnraumförderung und neue Polizeistellen, aber auch Radwege, ein Integrationsprogramm oder weitere Millionen für die Gemeinschaftsschulen und so weiter.

Die Beamtinnen und Beamten des Landes werden sich wohl „aussuchen“ können, welche der geplanten Wohltaten sie finanzieren.

Nichtsdestotrotz bietet der BBW in diesen Wochen der Regierung seine konstruktive Zusammenarbeit an. Ich bin überzeugt, nur mit motivierten Beamtinnen, Beamten und Tarifbeschäftigten sind die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen. Dies hat eindrucksvoll die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in den vergangenen Monaten gezeigt.

Allein an Besoldung und Beihilfe zu sparen ist der falsche Weg. Die Waage muss einigermaßen im Lot bleiben. Viele sind inzwischen überzeugt, dass das „Gebäude öffentlicher Dienst“ bereits Schlagseite hat. Deshalb richtet der BBW den dringenden Appell an die Landesregierung, den Bogen beim Sparen an den Beamten nicht zu überspannen.

Mit kollegialen Grüßen

Volker Stich

Ihr Volker Stich

In dieser Ausgabe

Innenminister empfängt BBW-Spitze zu umfassendem Gedankenaustausch	4
Ministerpräsident empfängt BBW-Vorsitzenden zu Vier-Augen-Gespräch	5
Gedankenaustausch mit der Führungsspitze des Landesrechnungshofs	6
BBW und kommunale Spitzenverbände fordern: Statt Spareingriffe leistungsgerechte Bezahlung	7
Gesprächsoffensive anlässlich grün-schwarzer Sparvorhaben eröffnet	8
SPD signalisiert Unterstützung im Kampf gegen grün-schwarze Spareingriffe	9
Gedankenaustausch zu grün-schwarzen Sparplänen mit dem CDU-Fraktionschef	10
Gespräch mit der Sozialbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart	11
BBW-Spitzenvertreter bei Landrat des Rhein-Neckar-Kreises	12
Ausbildungszeiten auch vor Vollendung des 17. Lebensjahrs sind ruhegehaltfähig	13
Arbeitslos während der Sommerferien – das Los von Vertretungslehrern und Referendaren	14
Empfang zum 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden: Chapeau Horst Bäuerle	15
Auf ein Wort, Herr Ministerpräsident	16

> Impressum

Herausgeber: Beamtenbund Baden-Württemberg, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.
Vorsitzender: Volker Stich, Heidelberg. **Stellvertretende Vorsitzende:** Gerhard Brand, Murrhardt; Dorothea Faisst-Steigleder, Heidenheim; Waldemar Futter, Mössingen; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Kai Rosenberger, Rottweil.
Schriftleitung: „BBW Magazin“: Volker Stich, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Redaktion:** Heike Eichmeier, Stuttgart.
Landesgeschäftsstelle: Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de.
Postanschrift: Postfach 10 06 13, 70005 Stuttgart.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des Beamtenbundes Baden-Württemberg ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,- Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.
Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Versandort: Geldern.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Layout: Dominik Allartz, FDS, Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, **Anzeigentarif** Nr. 33, gültig ab 1.10.2015. **Druckauflage:** 50 000 (IVW 2/2016).

ISSN 1437-9856



Innenminister empfängt BBW-Spitze zu umfassendem Gedankenaustausch

CDU-Politiker unterstreicht sein Interesse an enger Zusammenarbeit mit dem BBW

Innenminister Thomas Strobl hat großes Interesse an einem gemeinsamen Weg mit dem BBW. Was im Bereich des öffentlichen Dienstes getan werden muss, wolle er gemeinsam mit dem BBW entwickeln, sagte er am 27. Juni 2016 im Gespräch mit BBW-Chef Stich und BBW-Vize Joachim Lautensack.

Allerdings ließ der Innenminister auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass die grün-schwarze Landesregierung aufgrund des strukturellen Defizits im Haushalt Einsparungen im Beamtenbereich vornehmen müsse. Damit man anstehende Probleme zeitnah anpacken könne, schlug Strobl zweimal im Jahr einen Jour fixe mit dem BBW vor.



> Innenminister empfängt BBW-Delegation (von rechts): BBW-Vize Joachim Lautensack; Justiziarin und BBW-Geschäftsführerin Susanne Hauth; Innenminister Thomas Strobl; BBW-Chef Volker Stich; Ministerialdirigent Dr. Reinhard Klee; Detlef Werner, Inspekteur der Polizei. An der Unterredung hatten aufseiten des Innenministeriums auch Christina Volz, Zentralstelle Spiegelreferentin Abt. 3 Polizei, und Dr. Adrian Mehler, Zentralstelle Spiegelreferent Abt. 1 Personal, teilgenommen.

4 Weit über eine Stunde haben sich der stellvertretende Ministerpräsident und leitende Beamte des Innenministeriums Zeit genommen, um mit den Spitzenvertretern des Beamtenbunds zu erörtern, wie man vor dem Hintergrund notwendiger Sparmaßnahmen miteinander klarkommen könne.

BBW-Chef Stich sicherte einen vorurteilsfreien Umgang des BBW mit der neuen Landesregierung ebenso zu wie die Bereitschaft seiner Organisation, im Dialog einen Weg zu finden, wie man das, was unumgänglich ist, gemeinsam tun kann. Für einen solchen gemeinsamen Weg müsse jedoch die Regierungsseite aktiv werden, betonte der BBW-Vorsitzende.

Stellenstreichungen, Deckelung der Besoldung oder gar eine Nullrunde und die Absenkung der Versorgung, diese grün-schwarzen Sparüberlegungen sind in den Reihen des BBW präsent, seit sie noch im Verlauf der Koalitionsverhandlungen über dunkle Kanäle bekannt geworden sind. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist von solchen Plänen zwar

nicht die Rede. Doch eine Absage dazu kommt aus Regierungskreisen auch nicht. Im Gegenteil.

Hinsichtlich dieser Sparüberlegungen verweist Innenminister Strobl im Gespräch mit den BBW-Vertretern auf das Haushaltsdefizit und die Schuldenbremse. In Anbetracht dessen, dass der kommunale Bereich und die Personalkosten die beiden größten Blöcke im Landeshaushalt darstellten, sehe er keine Tabus, hier den Rotstift anzusetzen. Unumwunden bekannte er, dass es Abstriche bei der Besoldungsanpassung ge-

ben werde. Bezüglich der Einkommensentwicklung stelle sich die Frage, wie man Einkommenssteigerungen gestalte. Keiner werde am Ende weniger Geld in der Tasche haben, versicherte Strobl. Bedauernd stellte er fest, dass ein Abschaffen der abgesenkten Eingangsbesoldung angesichts der Haushaltslage und auch des Widerstands des Koalitionspartners nur schrittweise, das heißt beginnend bei Mangelberufen, möglich sei.

Solche Aussagen kommen beim BBW nicht gut an. Deshalb hat der BBW-Vorsitzende

den CDU-Innenminister auch umgehend darauf hingewiesen, dass unter Grün-Rot eine inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse erfolgt sei. Zudem machte er Strobl darauf aufmerksam, dass der BBW Frau Prof. Dr. Färber von der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer beauftragt hat, ein Instrumentarium entlang der Kriterien des Bundesverfassungsgerichts zu entwickeln, um der Landesregierung Einhalt zu gebieten, wenn sie in unzulässiger Weise in die Alimentation der Beamten eingreift. Im Hinblick auf die abgesenkte Eingangsbesol-

Stich warnt er vor einer sektoralen Differenzierung aufgrund kaum handhabbarer Abgrenzungsprobleme. Zudem verwies er auf die Möglichkeit, Sonderzuschläge für Mangelberufe vorzusehen.

Strobl sagte eine Prüfung in Bezug auf die Frage nach der sektoralen Differenzierung bei der Anhebung der Eingangsbesoldung zu. In welchem Umfang die anvisierten Sparüberlegungen zum Tragen kommen, hänge von der Entwicklung der Haushaltslage 2016 ab. Positiv könne sich diesbezüglich auswirken, dass es auf der Ausgabe-seite eine Entlastung durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen gebe und sich die Einnahmeseite weiter positiv entwickle. Die Verabschiedung des Haushalts 2017 ist laut Strobl für Ende Februar 2017 vorgesehen. Für den BBW ist die Absenkung der Eingangsbesoldung eng mit dem Mangel an Bewerbern für den öffentlichen Dienst verknüpft. Deshalb fordert der BBW Anreize für Be-

rufsanfänger, in erster Linie die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung für alle.

Während in den Regierungspräsidien und den Landratsämtern das Problem Fachkräftemangel immer gravierender wird, spielt dieses bei der Polizei offensichtlich keine Rolle. Die Bewerberlage sei nach wie vor gut, versicherte Detlef Werner, Inspekteur der Polizei, Abteilung 3 Landespolizeipräsidium, der Gesprächsrunde. Bei den Bewerbern stehe der Berufswunsch Polizist im Vordergrund. Das belege allein die Tatsache, dass 80 Prozent der Berufsanfänger im mittleren Dienst in A 7 Abitur hätten.

Die gute Bewerberlage bei der Polizei nahm Innenminister Strobl zum Anlass, auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag hinzuweisen, wonach die grün-schwarze Landesregierung 1 500 neue Stellen im Polizeibereich ausweisen will. Als grün-schwarze Wohltat für die Beamten ließ BBW-Chef Stich

diese Maßnahme allerdings nicht gelten. Mit diesem Vorhaben nehme Grün-Schwarz vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr, sagte er und stimmte dem Innenminister lediglich insoweit zu, dass damit auch eine Entlastung bestehenden Personals verbunden sei.

Bundesweit denkt man gegenwärtig über die Einrichtung von Arbeitszeitkonten nach. Aus Sicht des BBW sollte man darüber auch im Land ernsthaft nachdenken.

Für den Innenminister haben andere Modelle Priorität. Strobl fordert mehr Flexibilität am Ende des Arbeitslebens. Es sollte Anreize geben für die, die länger arbeiten können und wollen, sagt er und unterstreicht, dass dies nicht zulasten von Einstellungen und Beförderungen gehen dürfe. Bei den Vertretern des BBW warb er für eine gemeinsame Imagekampagne für freiwillige Weiterbildung, die auch den Ta-

rifbereich miteinbinde. Für solche Aktivitäten ist der BBW stets offen. Ein Beleg dafür ist der Einsatz des BBW für freiwillige Weiterarbeit im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform 2010. Dass die Organisation jetzt die Ausdehnung der freiwilligen Weiterarbeit bis 70 abgelehnt habe, sei aufgrund der abgesenkten Eingangsbesoldung geschehen, sagte Stich. Wenn diese zurückgenommen werde, stehe einer Beteiligung an einer Kampagne nichts mehr im Wege. Verbindliche Äußerungen hört der Innenminister gern. Er möchte den guten Kontakt zwischen CDU und BBW fortführen und bietet in strittigen Fragen den kurzen Dienstweg an. Den Beamtinnen und Beamten fühle er sich besonders verpflichtet, sagte er gleich zu Beginn des Gesprächs mit den Vertretern des BBW und fügte dann noch hinzu: „Ein guter Staat braucht gute Beamtinnen und Beamte.“ Sein Ziel sei, ein „guter Chef“ zu sein. ■

Ministerpräsident empfängt BBW-Vorsitzenden zu Vier-Augen-Gespräch Zaghafter Anfang für ein besseres Miteinander – vielleicht

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat Volker Stich, den Landesvorsitzenden des BBW – Beamtenbund Tarifunion, am 15. Juli 2016 zu einem Vier-Augen-Gespräch in der Villa Reitzenstein empfangen.

Der Anfang ist gemacht: Länger als eine Stunde haben der Regierungschef und der BBW-Vorsitzende miteinander gesprochen. Das Gespräch fand in einer sehr offenen, vertrauensbildenden Atmosphäre statt, berichtet Stich rückblickend. Zum Inhalt allerdings haben die Gesprächspartner Vertraulichkeit vereinbart.

Während der Koalitionsverhandlungen hatte Stich um ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten gebeten. Jetzt ging

die Initiative von Kretschmann aus. Er lud den BBW-Vorsitzenden zu einem Vier-Augen-Gespräch mit gemeinsamem Mittagessen in die Villa Reitzenstein ein.

Obwohl Kretschmann auch zu Zeiten von Grün-Rot immer wieder beteuert hat, dass er den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten wertschätze, war das Verhältnis zwischen BBW und der Vorgängerregierung, insbesondere zum grünen Partner, gestört. Geht

es nach dem BBW, soll sich das jetzt ändern. Deshalb hat BBW-Chef Stich bei Ministerpräsident Kretschmann für „einen neuen Umgang“ geworben.

Für Stich steht fest, so wie in der vergangenen Legislaturperiode sollte es nicht weitergehen. Der BBW muss stärker, möglichst bereits vorab in Beratungen einbezogen werden, sofern diese den öffentlichen Dienst und öffentlich Beschäftigte betreffen. ■



> Ministerpräsident Kretschmann hat BBW-Chef Stich (links) am 15. Juli zu einem Vier-Augen-Gespräch empfangen.

Gedankenaustausch mit der Führungsspitze des Landesrechnungshofs

Im Fokus: Die Finanzsituation des Landes

Die Finanzsituation des Landes ist alles andere als rosig. Das behauptet nicht nur die grün-schwarze Landesregierung. Ein entsprechendes Szenario zeichnen auch die Haushaltshüter beim Rechnungshof Baden-Württemberg.

Obwohl die Beamtinnen und Beamten in der vergangenen Legislatur bereits rund 400 Millionen Euro zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen haben, muss sich der BBW auf ein hartes Ringen und großes Verhandlungsgeschick einstellen, um neue gravierende Sparmaßnahmen im Beamten- und Versorgungsbereich zu verhindern, zumindest aber, um diese abzumildern. Dieses bittere Resümee ziehen BBW-Chef Volker Stich und sein Vize Joachim Lautensack nach dem Gespräch mit Max Munding, dem Präsidenten des baden-württembergischen Rechnungshofes, und weiteren führenden Vertretern der Behörde.

Rechnungshofpräsident Munding und Rechnungshofdirektor Dr. Georg Walch listeten Punkt für Punkt auf, warum die Beamtinnen und Beamten beim Sparen auch diesmal nicht außen vor bleiben könnten. Munding versicherte, die Deckungslücke im Landeshaushalt habe sich nicht erst nach dem Regierungswechsel aufgetan, sondern sei bereits im Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2015 bis 2020 und im mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2019, jeweils vom Januar 2016, enthalten gewesen. Aus seiner Sicht basierten diese Zahlen auf zwei Problembereichen: zum einen die Ausgaben im Flüchtlingsbereich, die auf der Basis von Zahlen aus 2015 errechnet worden seien. Der andere Problembereich betreffe den Länderfinanzausgleich, bei dem sich die Länder auf einen Kompromissvorschlag geeinigt hätten.



> Trafen sich zu einem Gedankenaustausch im Landesrechnungshof in Karlsruhe (von rechts): Rechnungshofdirektor Dr. Georg Walch; Rechnungshofpräsident Max Munding; BBW-Chef Volker Stich; Justiziarin und BBW-Geschäftsführerin Susanne Haut; BBW-Vize Joachim Lautensack. Nicht im Bild der Leiter der Präsidialabteilung, Dr. Otto Häußler, und Pressesprecher Ronny Eschler, die ebenfalls an der Unterredung teilgenommen haben.

Rechnungshofdirektor Dr. Walch ging bei den Zahlen ins Detail und erläuterte, dass der Finanzplan 2020 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2019 eine Deckungslücke von bis zu 2,8 Milliarden Euro aufweisen. Nach Untersuchungen des Rechnungshofs habe im Jahr 2011 die Deckungslücke 2,5 Milliarden Euro betragen und sei um 1,4 Milliarden konsolidiert worden. Hiervon habe sich Grün-Rot bei den Beamtinnen und Beamten mit rund 400 Millionen Euro an Einsparungen bedient, zum Beispiel durch die Streichung der vermögenswirksamen Leistungen, die auf drei Jahre befristete Absenkung der Eingangsbesoldung und diverse Kürzungen bei der Gewährung von Beihilfe. In der aktuellen Deckungslücke seien für den Flüchtlingsbereich Ausgaben von rund zwei Milliarden Euro pro Jahr enthalten. Auch ohne diese Ausgaben bleibe ein Defizit von rund 800 Millionen bis

zu einer Milliarde Euro, sagte Walch. Hinzu komme eine vorläufige Konjunkturkomponente im Hinblick auf die Schuldenbremse. Er sehe deshalb Konsolidierungsbedarf auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Bei einem Haushaltsvolumen von rund 46,8 Milliarden Euro bleiben laut Walch nach dem Abzug von Zinsen, dem Länderfinanzausgleich, den Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen und durchlaufenden Mitteln noch drei Blöcke übrig, in denen das Land Handlungsspielräume habe:

> Bei den Zuweisungen an die Kommunen/kommunaler Finanzausgleich nach dem FAG, der mit knapp 12 Milliarden Euro brutto ein rundes Viertel des Haushaltsvolumens ausmache. Aufgrund einer Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden sei eine Kürzung der Zuweisungen um 300 Millionen Euro erfolgt, befristet bis

Ende 2016. Ab 2017 sei eine Kürzung um 300 Millionen Euro bereits eingerechnet, die tatsächliche Entwicklung ab 2017 bleibe abzuwarten.

> Bei den Personalausgaben in Höhe von 16,58 Milliarden Euro, die noch um die Personalausgaben für die Landesbetriebe in Höhe von rund 2,7 Milliarden Euro zu ergänzen sind, sodass sich Personalkosten von rund 19,5 Milliarden Euro ergeben. Hiervon entfallen rund 7,8 Milliarden Euro auf Beamte und Richter, 4,5 Milliarden Euro auf Versorgungsbezüge, 1,5 Milliarden Euro auf Beihilfe für Versorgungsempfänger und rund 400 Millionen Euro auf Beihilfe für Aktive.

> Als dritter Block verbleibe ein Rest von rund 4,85 Milliarden Euro für Sachausgaben der Landespolitik. Darin seien zum Beispiel 1,2 Milliarden Euro für Privatschulförderung enthalten.

Konsolidierungsmaßnahmen könnten daher den Personalausgabenblock nicht aussparen, sagte Walch. Bei den Beamtinnen und Beamten gebe es hier zwei Stellschrauben: Die Zahl der Stellen oder individuelle Leistungskürzungen. Rechnungshofpräsident Munding plädiert für eine Verringerung der Stellenzahl. Ziel müsse es sein, mit weniger Stellen auszukommen, da sich ansonsten die Mitarbeiter ihre Stellen selbst finanzieren müssten. Aufgrund der Rekrutierungsprobleme im öffentlichen Dienst müssten die Beschäftigungsbedingungen finanziell attraktiv gehalten werden. Dies bedeute, dass einer Ausweitung der Stellen entgegengetreten und Aufgaben abgebaut werden müssten. ■

Gegen Fachkräftemangel in allen Verwaltungsbereichen

BBW und kommunale Spitzenverbände fordern: Statt Spareingriffe leistungsgerechte Bezahlung

Der zunehmende Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst hat den BBW – Beamtenbund Tarifunion und die kommunalen Spitzenverbände auf den Plan gerufen: Gemeinsam fordern sie die Landesregierung auf, statt übers Sparen im öffentlichen Dienst nachzudenken, diesen durch leistungsgerechte Bezahlung aufzuwerten und so dem zunehmenden Bewerbermangel entgegenzuwirken.



> Der zunehmende Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst war Gegenstand der Unterredung, zu der der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, Eberhard Trumpp, BBW-Chef Volker Stich, Oberbürgermeisterin a. D. Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags, und Gemeindetagspräsident Roger Kehle (von links) am 19. Juli 2016 zusammengetroffen sind.

Die abgesenkte Eingangsbesoldung müsse vom Tisch, ebenso Gedankenspiele über neuerliche Spareingriffe im Beamtenbereich, erklärten BBW-Chef Volker Stich und die Spitzen des Städte-, Gemeinde- und Landkreistages übereinstimmend.

Selbst in den Großstädten bleiben inzwischen Stellen mangels Bewerber unbesetzt. Schlimmer noch sieht es auf dem flachen Land aus. Bürgermeister und Landräte beklagen unisono, dass sie kein Personal mehr finden, um die zunehmende Arbeitsbelastung zu schultern, die jetzt, nachdem Unterbringung und Versorgung weitgehend geschultert sind, mit der Integration der vielen tausend Flüchtlinge auf die Kommunen zukommt. Stellen bleiben unbesetzt, weil von den wenigen Bewerbern sich viele dankend abwenden, wenn ihnen klar wird, dass sie mit einem Job in der Privatwirtschaft weit besser dran sind.

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Waren es zunächst die Regierungspräsidien, die Nachwuchsmangel insbesondere in der technischen Fachverwaltung verzeichneten, sind inzwischen alle Verwaltungsbereiche landauf, landab davon betroffen – Tendenz steigend.

Bei den kommunalen Spitzenverbänden und beim BBW beobachtet man die Situation mit Sorge. Deshalb haben sich Gemeindetagspräsident Roger Kehle, der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Eberhard Trumpp, Oberbürgermeisterin a. D. Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages und BBW-Chef Volker Stich am 19. Juli 2016 zu einem Spitzengespräch getroffen, um Wege aus der Misere zu beraten. Die Gesprächspartner waren sich einig, dass es keine vergleichbaren Spareingriffe mehr ge-

ben dürfe, wie jene, die Grünrot in der vergangenen Legislaturperiode den Beamten und Versorgungsempfängern zugemutet habe. Denn Eingriffe in Besoldung und Versorgung wirkten sich kontraproduktiv bei der Suche nach Fachpersonal aus.

Statt neuerliche Spareingriffe im Beamten- und Versorgungsbereich zu erörtern, müsse die grün-schwarze Landesregierung jetzt umgehend die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung in die Wege leiten und Anreize schaffen, die den öffentlichen Dienst für Nachwuchskräfte wieder attraktiv machen, fordert BBW-Chef Volker Stich.

Gemeindetagspräsident Roger Kehle pflichtet ihm bei: Besoldungskürzungen bei jungen Beamtinnen und Beamten schwächten die zukünftige Leistungsfähigkeit der Verwaltungen. Schon jetzt suchten

Kommunalverwaltungen oft vergeblich nach Topleuten für Rathäuser und kommunale Einrichtungen. Gudrun Heute-Bluhm warnt vor weiteren Spareingriffen im kommunalen Finanzausgleich: Weniger Geld für die Kommunen bedeute weniger Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Stattdessen fordert er die 260 Millionen an Integrationsmitteln, die der Bund Baden-Württemberg für 2016, 2017 und 2018 bewilligt hat, in vollem Umfang für Städte, Gemeinden und Landkreise ein, die die Hauptlast bei der Anschlussunterbringung und Integration der Flüchtlinge zu schultern hätten.

Eberhard Trumpp vom Landkreistag verlangt von der Landesregierung umgehende Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden, wie das Geld aus der vom Bund zugesagten Integrationspauschale praxisgerecht an die Kommunen verteilt werden kann. ■

Gesprächsoffensive anlässlich grün-schwarzer Sparvorhaben eröffnet

Justizminister übt sich in Zurückhaltung, spricht aber auch von Pakt mit dem BBW

BBW-Chef Volker Stich und Justizminister Guido Wolf sind am 20. Juni 2015 zu einem Gedankenaustausch zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Unterredung standen die grün-schwarzen Sparüberlegungen zulasten der Beamten und Versorgungsempfänger. Zur Sache selbst äußerte sich Wolf zurückhaltend. Er sicherte jedoch zu, dass er sich für einen Pakt mit dem BBW stark machen werde.

Der Anfang ist gemacht: Mit der Unterredung zwischen Justizminister Guido Wolf, Fachleuten seines Hauses und Spitzenvertretern des BBW hat BBW-Chef Volker Stich die Gesprächsoffensive seiner Organisation eröffnet. Angekündigt hatte Stich dieses Vorhaben unmittelbar nach dem Regierungswechsel. Anlass sind die grün-schwarzen Sparvorhaben zulasten des öffentlichen Dienstes, die zwar in der Koalitionsvereinbarung im Einzelnen nicht auftauchen. Doch es heißt, in den Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag seien Maßnahmen wie das Einfrieren von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen auf ein Prozent, die Absenkung der Pensionen um ebenfalls ein Prozent sowie ein umfassendes Paket an Stellenstreichungen fixiert. Die grün-schwarzen Sparüberlegungen, die Ende April, also

noch vor Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung, bekannt wurden, haben in der Beamtenschaft für Ärger und Verdruss gesorgt. Wie schlecht die Stimmung ist, daran ließ BBW-Chef Stich im Gespräch mit dem Justizminister keine Zweifel aufkommen. Schließlich hätten die Beamtinnen und Beamten jeweils überproportional grün (33 Prozent) beziehungsweise schwarz (31 Prozent) gewählt. Sie wollten jetzt wissen, wie es weitergeht, insbesondere was in den Nebenabreden vereinbart sei.

Zudem verwies Stich auf Hessen, wo sein Kollege Prof. Dr. Battis beauftragt habe, die dortige Ein-Prozent-Deckelung bei der Besoldungsanpassung zu überprüfen. Der BBW beschreite einen anderen Weg, sagte Stich. Seine Organisation werde Frau Prof. Dr. Färber von

der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer mit der Entwicklung eines Instrumentariums beauftragen, mit welchem die Verfassungsmäßigkeit künftiger Besoldungsanpassungen und Sparmaßnahmen in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der in 2015 ergangenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts überprüft werden können.

Justizminister Wolf reagierte zurückhaltend, bekannte jedoch unumwunden, dass die CDU den Koalitionsvertrag mittrage. Er verwies auf die deprimierende Haushaltslage, das strukturelle Defizit, das aufgrund der Flüchtlingskrise auf 2,5 bis 3 Milliarden Euro gestiegen sei. CDU und Grüne hätten deshalb auf der Suche nach Sparmöglichkeiten bei den Koalitionsverhandlungen alle Bereiche angeschaut, wobei der öffentliche Dienst aufgrund des hohen Personalkostenanteils eine nennenswerte Rolle gespielt habe. Die von der neuen Landesregierung ins Auge gefassten Sparvorhaben stünden allesamt unter dem Vorbehalt, dass sie mit Recht und Gesetz vereinbar sind, sagte Wolf. Hier sieht er Hürden, die nicht ohne Weiteres zu nehmen sind. Bei der Prüfung der Rechtsfragen sei das Finanzministerium federführend.

Eingeschränkt zufrieden äußerte sich Wolf über die Rück-

nahme der Eingangsbesoldung, die er als Lackmustest für die CDU-Koalitionäre bezeichnete. Bedauerlich sei allerdings, dass die CDU dem Koalitionspartner nur die schrittweise Rücknahme habe abringen können.

Mit den zunehmenden Problemen, für offene Stellen im öffentlichen Dienst geeignetes Personal zu finden, ist die Diskussion um Lebensarbeitszeitkonten heute aktueller denn je geworden. Der Bund prüft gegenwärtig Möglichkeiten einer Regelung, in Hessen wird eine solche bereits praktiziert. Dort besteht die Möglichkeit, sich eine Stunde von der 41-Stunden-Woche auf einem Lebensarbeitszeitkonto gutschreiben zu lassen. Auch darauf hat der BBW-Vorsitzende im Gespräch mit Justizminister Wolf hingewiesen. Und da ihm erst jüngst baden-württembergische Landräte von ihrer Not berichtet hatten, verwaiste Stellen neu zu besetzen, erneuerte Stich die BBW-Forderung nach Lebensarbeitszeitkonten ohne Einsparverpflichtung.

Wolf wies zwar darauf hin, dass die Grünen bezüglich der Lebensarbeitszeitkonten Bedenken hätten, da dies eine Hypothek auf die Zukunft darstelle. Dennoch kann er sich vorstellen, dass das Thema Lebensarbeitszeitkonten Baustein einer Gesamtvereinbarung zwischen Landesregierung und BBW sein könnte.

Fachbezogene Fragen aus dem Justizbereich wurden bei dem Junitreffen ausgeklammert. Sie sollen in einem gesonderten Gespräch nach der Sommerpause unter Beteiligung der Vorsitzenden aus den BBW-Justizverbänden erörtert werden. ■



Trafen sich im Justizministerium zu einer einstündigen Unterredung (von rechts): Joachim Lautensack, stellvertretender BBW-Vorsitzender; BBW-Chef Volker Stich; Justizminister Guido Wolf (CDU); Susanne Hauth, Justiziarin und Geschäftsführerin beim BBW; Ministerialdirektor Elmar Steinbacher; Ministerialdirigent Dr. Singer, Abteilungsleiter I. An der Unterredung hat auch Matthias Grundke, Vorsitzender Richter im Landgericht, teilgenommen.

Ob Deckelung der Besoldungsanpassung, Nullrunde oder Eingriffe in Versorgung SPD signalisiert Unterstützung im Kampf gegen grün-schwarze Spareingriffe

Der BBW hat in der SPD einen Verbündeten gegen die drohenden Sparmaßnahmen im Beamten- und Versorgungsbereich gefunden, die offensichtlich gegenwärtig in der grün-schwarzen Landesregierung erörtert werden.



> Trafen sich zu einem Gedankenaustausch im Haus der Abgeordneten (von links): Reinhold Gall (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Susanne Hauth, Justiziarin und BBW-Geschäftsführerin; SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch; BBW-Chef Volker Stich; der Abgeordnete und SPD-Partei-
chef Nils Schmid; BBW-Vize Joachim Lautensack. An der Unterredung hatte auch die Parlamentarische Beraterin der SPD-Landtagsfraktion, Malin Melbeck, teilgenommen.

Führende Vertreter der SPD-Landtagsfraktion signalisierten am 20. Juni 2016 im Gespräch mit der BBW-Führungsspitze Unterstützung im Kampf gegen eine Deckelung der Besoldungsanpassung oder gar eine Nullrunde sowie gegen Pläne über eine Absenkung der Versorgung.

Zwar ist das Bündel an anvisierten Spareingriffen bei den Beamten und Versorgungsempfängern im grün-schwarzen Koalitionsvertrag nicht aufgelistet. Doch ein klares Nein dazu kommt aus Regierungskreisen auch nicht. Deshalb wirbt der BBW jetzt um Verbündete, um die im Rahmen der Koalitionsverhandlungen bekannt gewordenen Sparpläne möglichst noch im Keim zu ersticken. Unterstützung kommt dafür aus der SPD-Landtagsfraktion. So-

wohl Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch wie auch seine Fraktionskollegen Nils Schmid und Reinhold Gall, alle drei noch vor wenigen Monaten Minister im grün-roten Kabinett, distanzieren sich heute von Sparplänen der neuen Landesregierung, die offensichtlich vorwiegend mit grüner Tinte geschrieben sind.

Die Regierung ist zwar neu, doch die Begründung zum Sparen im Personalbereich, der über 40 Prozent im Haushalt ausmache, ist altbekannt. Daran rüttelt letztlich auch Nils Schmid, der ehemalige SPD-Finanzminister, nicht. Doch das angeblich drohende strukturelle Defizit von rund 2,5 bis 3 Milliarden Euro lässt er als Begründung für die anvisierten drastischen Spareingriffe im Beamtenbereich nicht gelten.

Aus seiner Sicht hätte sich keine drastische Verschlechterung der Prognosen ergeben. Nach Auffassung seiner Fraktion seien die Ausgaben für Flüchtlinge keiner jahrzehntelangen Daueraufgabe geschuldet, sodass keine neue strukturelle dauerhafte Belastung entstanden sei. Überdies seien die Ausgabenansätze aufgrund der jeweiligen aktuellen BAMF-Prognosen errechnet, die derzeit nicht ausgeschöpft würden. Hier sei eine Reserve da.

Im Hinblick auf die Folgekosten der Kommunen und Integration sieht Schmid dringenden Handlungsbedarf. Dringend notwendig seien Gespräche des Landes mit den Kommunen. Eine offene Frage sei, wie viele Flüchtlinge auf Dauer wieder zurückkehren. Bezüglich der Lehrerinnen und Lehrer bekennt er freimütig, hätten aufgrund des Flüchtlingszuzuges bereits bisher die Abgänge ersetzt werden müssen.

Im Übrigen, unterstrich Schmid und wurde dabei von seinen Fraktionskollegen unterstützt, bleibe die SPD ihren bisherigen Forderungen und Positionen zum öffentlichen Dienst treu: Sie mache sich stark für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, bekenne sich aber auch dazu, dass man bei einem Personalkostenanteil von 40 Prozent nicht umhin komme, den öffentlichen Dienst in eine Konsolidierung des Haushalts mit einzubeziehen. Eine dauerhafte Abkoppelung der Beamten

und Versorgungsempfänger bei der Besoldungsanpassung dürfe es aber genauso wenig geben wie ein Antasten der Beamtenversorgung.

Zu den grün-schwarzen Plänen zur schrittweisen Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung, die allerdings unter Finanzierungsvorbehalt stehen, merkte Schmid an: Die SPD habe noch in der vergangenen Legislatur eine Rücknahme im Rahmen eines Gesamtpakets vorgeschlagen. Eine sektorale Rücknahme – wie sie offenbar die neue Landesregierung anstrebe – halte die SPD für rechtlich problematisch.

Fraktionschef Stoch war es wichtig zu betonen, dass für die SPD die Beschäftigten das Kapital seien und dass seine Partei in ihrer Politik hier konstant sei. Schmid pflichtete ihm bei und unterstrich, wie wichtig die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei. Hier habe die SPD in der vergangenen Legislatur – neben Stellenabbau in einzelnen Bereichen – bei Bedarf auch eine personelle Stärkung des öffentlichen Dienstes vorgenommen. Mit der Schaffung zusätzlicher Stellen ist es inzwischen nicht mehr getan. Es fehlt nämlich an Fachkräften, diese Stellen auch zu besetzen. Das erfährt BBW-Chef Stich bei all seinen Besuchen bei baden-württembergischen Landräten. Deshalb hat er die Dringlichkeit, Anreize für Nachwuchskräfte zu schaffen, im Gespräch mit den Vertretern der SPD-Landtagsfraktion ebenso thematisiert wie die langjährige Forderung des BBW nach Lebensarbeitszeitkonten. Fraktionschef Stoch räumte die Notwendigkeit zum Handeln ein. ■

Gedankenaustausch zu grün-schwarzen Sparplänen mit dem CDU-Fraktionschef

Dreh- und Angelpunkt sind Fragen der Besoldung und Versorgung

Dreh- und Angelpunkt sind die Anpassung von Besoldung und Versorgung und die Eingangsbesoldung: Sind Nullrunde sowie Deckelung von Besoldung und Versorgung vom Tisch und bewegt sich die grün-schwarze Regierung bei der Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung, könnte sich BBW-Chef Volker Stich vorstellen, dass seine Organisation mit der Landesregierung eine gemeinsame Aktion zur freiwilligen Weiterarbeit über die Pensionsgrenze hinaus startet.

Für den BBW steht fest, dass diese Aktion lediglich ein Bestandteil des Paktes sein kann, den innerhalb des Regierungsbündnisses zumindest die CDU mit dem BBW anstrebt. Wichtigster Bestandteil eines solchen Paktes sei eine tragbare Lösung bei der Anpassung von Besoldung und Versorgung. Voraussetzung für die gemeinsame Aktion zur Weiterarbeit über die Pensionsgrenze hinaus sei neben der Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung, dass die freiwillige Weiterarbeit wieder als Rechtsanspruch ausgestaltet und der Besoldungszuschlag generell unabhängig vom Erreichen des Höchstruhegehaltssatzes gezahlt werden, sagte Stich am 4. Juli 2016 im Gespräch mit CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart. An der Unterredung, die im Haus der Abgeordneten stattgefunden hat, nahmen auch der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Wald, Fraktionsgeschäftsführer Dr. Christian Schneider und dessen Stellvertreter Dr. Arndt Möser sowie der stellvertretende BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger und BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Susanne Hauth teil.

Beim BBW herrscht Alarmbereitschaft, seit im April noch während der Koalitionsverhandlungen die Sparüberlegungen der grün-schwarzen Regierungspartner bekannt

geworden sind: Nullrunde, zumindest aber die Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen auf ein Prozent, Abschmelzen der Versorgung, Abbau von bis zu 7 500 Stellen, das alles steht im Raum – vor dem Hintergrund eines Landeshaushalts, in dem eine strukturelle Deckungslücke klafft, die noch kürzlich mit bis zu 2,8 Milliarden Euro beziffert wurde.

Angesichts solcher Zahlen gilt es für den BBW jetzt, mögliche Eingriffe im Besoldungs- und Versorgungsbereich so gering wie möglich zu halten und zugleich der Regierung in anderen Themenfeldern Zugeständnisse abzurufen, beispielsweise durch die Einrichtung von Arbeitszeitkonten und bei der Nachwuchsgewinnung. Deshalb hat BBW-Chef Stich in diesen Wochen eine Gesprächsoffensive gestartet, in deren Verlauf er zuletzt mit CDU-Fraktionschef Reinhart zusammengetroffen ist.

Reinhart zeigte Verständnis für die Sorgen des BBW: „Wir streben ein verlässliches Verhältnis mit dem BBW für die Dauer der Legislaturperiode an“, sagte er, wies zugleich aber auch darauf hin, dass für mögliche Sparmaßnahmen der Haushaltsgesetzgeber zuständig sei. Die großen Linien würden ab September/Oktober im Zusammenhang mit dem Haus-

2017 diskutiert. Dann wird es auch um die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung gehen.

Würde die neue Landesregierung diese Sparmaßnahme, die die schwarz-gelbe Landesregierung einst eingeleitet und die grün-rote dann ausgeweitet und aufgestockt hat, insgesamt rückgängig machen, dann würde dies laut CDU-Fraktion das Land über 50 Millionen Euro kosten. Mit 26 Millionen würde die Rücknahme der grün-roten und mit 25 bis 26 Millionen die der schwarz-gelben Maßnahme zu Buche schlagen. Geplant ist eine solche Gesamtlösung allerdings nicht. Vielmehr ist im Gespräch, zunächst dort die Absenkung schrittweise zurückzunehmen, wo Mangel an Fachkräften herrscht. Darauf hat der Abgeordnete Wald hingewiesen. Fraktionschef Reinhart hingegen verwies auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag, wonach Grün-Schwarz die Absenkung der Eingangsbesoldung „im Rahmen der Haushaltsvorgaben bis zum Jahr 2022 schrittweise rückgängig machen“ will. Ginge es nach seinen Vorstellungen, so Reinhart, sollten die Schritte eher beschleunigt als verlangsamt werden.

Mit einem solchen Zugeständnis will sich der BBW allerdings nicht zufriedengeben. Schritt-

weise sei zu langsam, erklärte der stellvertretende BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger. Zugleich erinnerte er daran, dass junge Beamtinnen und Beamte weitere Verschlechterungen hinnehmen müssten, die ihr Budget schmälerten, beispielsweise den abgesenkten Beihilfebemessungssatz auf 50 Prozent, der seit 2013 bei Neueinstellungen greift.

Gegen eine sektorale Differenzierung bei der Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung hat der BBW rechtliche Bedenken aufgrund der kaum handhabbaren Abgrenzungsprobleme angemeldet.

Auf die amtsangemessene Alimentation im Zusammenhang mit den Plänen zur Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen angesprochen, erklärte CDU-Fraktionschef Reinhart, ihm seien die Grundsätze des Berufsbeamtentums und die Verfassungsrechtsprechung bekannt. Er vertrat den Standpunkt, dass der Zusammenhang von Besoldung und Versorgung auch in seiner wirtschaftlichen Bedeutung gesehen werden müsse, nämlich wie viel Geld eingesetzt werden muss, um zu einem bestimmten Betrag an Versorgung zu gelangen. Zugleich räumte er ein, dass mit der Beamtenversorgung ein Vertrauenstatbestand geschaffen worden sei, auf dem Lebensentwürfe basierten. Eine Deckelung der Anpassung von Besoldung und Versorgung auf ein Prozent hält er „auf den ersten Blick für verfassungsrechtlich fragwürdig“.

Allein der Gedanke, dass man innerhalb der Koalition über eine Absenkung der Versor-

gung nachdenkt, verunsichert Pensionäre und Beamte gleichermaßen. BBW-Chef Stich warb um Verständnis für die Sorge der Betroffenen und mahnte die CDU-Politiker: Wenn es um eine Absenkung der Pensionen gehe, könne dies allenfalls wirkungsgleich aufgrund von Änderungen im Rentenrecht erfolgen. Zugleich warnte er vor einem Alleingang in Baden-Württemberg, insbesondere auch vor einem Eingriff im Bestand. Insbesondere hier wäre dringend geboten, den Betroffenen Entwarnung zu signalisieren.

Statt mehr Beamte lieber weniger gut bezahlte, diese Devise hat kürzlich Rechnungshofprä-

sident Max Munding ausgegeben. Auch CDU-Fraktionschef Reinhart favorisiert ein solches Modell. Der BBW-Vorsitzende sieht das kritisch: Wenn es um weniger Stellen gehen sollte um den Einzelnen angemessen zu bezahlen, stelle sich bei der im Raum stehenden Zahl von 7 500 Stelleneinsparungen die Frage, in welchem Bereich diese erfolgen sollen. Die Polizei erhalte mehr Stellen, die Steuerverwaltung sei ebenfalls außen vor, bei der allgemeinen Verwaltung sehe er kaum mehr Einsparpotenzial, sodass letztendlich der Bildungsbereich mit einer großen Vielfalt und die Gemeinschaftsschulen mit einem hohen Personalbedarf übrig bliebe. ■



> Gedankenaustausch im Haus der Abgeordneten (von rechts): der CDU-Abgeordnete Tobias Wald; Wolfgang Reinhart, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion; BBW-Chef Volker Stich; Susanne Hauth, Geschäftsführerin und Justiziarin beim BBW; Kai Rosenberger, stellvertretender BBW-Vorsitzender; Dr. Christian Schneider, Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion.

Gespräch mit der Sozialbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart

Auch im Stuttgarter Rathaus bleiben Stellen mangels Bewerber unbesetzt

Die Zahl der Flüchtlinge ist im ersten Halbjahr 2016 deutlich zurückgegangen. Das verschafft den Kommunen und ihren Beschäftigten eine Atempause. Nach Überstunden und Urlaubssperren sei man im Wesentlichen jetzt wieder zum Normalbetrieb zurückgekehrt, sagt Stuttgarts Bürgermeisterin Isabel Fezer am 4. Juli 2016 im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich. Sie verschweigt aber auch nicht, dass man Personalsorgen hat. Es sei schwierig, qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Solche Sätze hat der BBW-Vorsitzende immer wieder bei seinen Besuchen bei baden-württembergischen Landräten gehört. Aufgrund der Problematik, geeignetes Personal zu finden, warnen diese eindringlich vor weiteren Sparmaßnahmen zulasten von öffentlich Beschäftigten.

Dass das Geld für Jobsuchende ein entscheidender Faktor ist, diese Erfahrung macht auch die Stuttgarter Bürgermeisterin – zuständig für Soziales und Bildung – Tag für Tag aufs Neue. Der Gemeinderat hat dem Sozialamt der Landeshauptstadt bedarfsorientiert



> Sind im Rathaus zu einem Gedankenaustausch zur Flüchtlingsproblematik zusammengetroffen (von links): BBW-Chef Volker Stich; Bürgermeisterin Isabel Fezer; BBW-Vize Kai Rosenberger; BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth; Stefan Spatz, Leiter des Sozialamts der Landeshauptstadt Stuttgart.

zusätzliche Stellen bewilligt. Doch es fehlt an Bewerbern. Stefan Spatz, der Leiter des Sozialamts, schilderte dem BBW-Vorsitzenden und seinen Begleitern BBW-Vize Kai Rosenberger und BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth, was Sache ist: Es gebe Probleme bei der Personalgewinnung, nicht nur im Rathaus der Landeshauptstadt, sondern auch bei freien Trägern, sagt Spatz und er weiß auch warum: „Weil wir sie nicht besser bezahlen können.“

Gegenwärtig stellt die Landeshauptstadt Fachkräfte im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen ein. Derzeit seien rund 20 Stellen unbesetzt, sagt der Leiter des Sozialamts und beklagt, dass man bei Ausschreibungen hin und wieder auch in die zweite Runde gehen müsse, da nicht genügend qualifizierte Bewerber vorhanden seien. Dabei habe

die Arbeit bei der Landeshauptstadt durchaus auch positive Seiten. Das Betriebsklima sei gut und durch neue Strukturen seien Perspektiven geschaffen worden für Beförderungen. War man noch vor wenigen Monaten mit der Unterbringung und Versorgung der vielen Tausend Asylsuchenden über Gebühr gefordert, gilt jetzt das Hauptaugenmerk der

Integration. Auf diesem Bereich liege jetzt der Schwerpunkt der Arbeit, sagte Bürgermeisterin Fezer. Im Rückblick lobt sie nicht nur die Beschäftigten, die in Spitzenzeiten der Flüchtlingsproblematik zum Verzicht auf Urlaub und zur Wochenendarbeit bereit gewesen wären. Lob gibt es auch für die Entscheidungsträger der Stadt und den Gemeinderat,

die im Zusammenspiel für die Aufstockung des Personals und neue Strukturen in der Verwaltung und den anderen Dienststellen wie zum Beispiel im Jobcenter gesorgt hätten. Noch große Probleme sieht Fezer in der Ausländerbehörde. Dort gebe es noch Verzögerungen in der Bearbeitung der Anträge. Die Stadt könnte mehr Personal gebrauchen, sagt Fe-

zer und wünscht sich mehr Geld vom Land für die Verwaltung, für die Träger, insbesondere aber auch für die Koordination von heterogenen Integrationsaufgaben. Leider komme das Land bezüglich der Finanzierung noch nicht voran. Unklar sei, wie die versprochene Spitzabrechnung aussehe, das heißt auf welche Kosten sie sich beziehe. ■

BBW-Spitzenvertreter bei Landrat des Rhein-Neckar-Kreises

Einig über strategisches Ziel: Erledigung der Aufgaben sicherstellen

Mit der Bewilligung von zusätzlichen Stellen ist es inzwischen nicht mehr getan. Diese bittere Erfahrung musste jetzt Stefan Dallinger, der Landrat des Rhein-Neckar Kreises, machen. Von 20 Bewerbern kehrten 15 der Kreisverwaltung den Rücken. Fünf Stellen bleiben zwangsläufig erstmal unbesetzt, berichtete Dallinger im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich und den stellvertretenden BBW-Vorsitzenden Waldemar Futter und Joachim Lautensack.

Beim BBW ist man über diese Entwicklung nicht überrascht. Der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zeichnet sich schon seit längerem ab. Für die BBW-Vertreter steht außer Frage: Mit der Absenkung der Eingangsbesoldung hat sich das Problem noch verschärft. Sie sind sich mit Landrat Dallinger einig: Gemeinsames strategisches Ziel muss die Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung sein.

Landrat Dallinger und BBW-Chef Stich waren am 9. Juni 2016 im Landratsamt in Heidelberg zusammengetroffen, um die aktuellen Herausforderungen für die Landes- und Kommunalpolitik in Baden-Württemberg zu erörtern. Im Zentrum der Unterredung stand neben der Nachwuchsproblematik die Bewältigung des Flüchtlingsstroms.

„Hier in den Landratsämtern haben wir fürs Land die Kohlen

aus dem Feuer geholt“, so Landrat Dallinger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rhein-Neckar-Kreis seien über Monate hinweg bis an ihre Grenzen gefordert gewesen. Es wäre ein fatales Signal, wenn das nächste Tarifergebnis im TV-L nicht zeit- und wirkungsgleich übertragen würde.

Der Rhein-Neckar-Kreis mit seiner für die Bewältigung des Flüchtlingsstroms bundesweit vorbildlichen Drehscheibe im Patrick-Henry-Village ist in besonderer Weise gefordert gewesen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, jeder an seinem Platz, hätten sich der Aufgabe engagiert gestellt und bis heute gut und erfolgreich bewältigt, unterstrich Landrat Dallinger. Hans Werner, Dezernatsleiter I (Verwaltung/Schulen) und Christoph Schauder, Dezernatsleiter III (Ordnung/Gesundheit), pflichteten ihm bei. Dallinger ist stolz auf alle, die am Gelingen der Herkulesaufgabe beteiligt waren: Der

Rhein-Neckar-Kreis habe die Ausnahmesituation gut bewältigt, seine Aufnahmequote stets vorbildlich erfüllt – unter Anspannung aller Kräfte – und insgesamt 6 800 Flüchtlinge aufgenommen. Diese zusätzliche Aufgabe mit zahllosen Bürgerinformationen und Bürgermeistergesprächen, mit der Einrichtung einer strategischen Stabsstelle und einem operativen Stab im Landratsamt, mit der Erstaufnahme im Drehturm Heidelberg durch Kreis, Land und Bund, mit Datenerfassung, Asylantrag und Gesundheitsuntersuchung, mit Freiwilligen aus dem Haus und zusätzlichen haupt- und ehrenamtlichen Kräften, in Kooperation mit den zuständigen Institutionen aus Bund und Land, dem Regierungspräsidium, den Kirchen ..., das alles habe man gemeinsam geschultert.

Rückblickend fasste Dallinger zusammen: Der politisch gewollte und humanitär notwendige zusätzliche Leistungs-

auftrag für die Landkreisverwaltung „Aufnahme und vorläufige Unterbringung der großen Zahl von Flüchtlingen“ hat gravierende Strukturänderungen und Nachjustierungen bei der Finanzierung durch den Kreistag, bei den internen Prozessen in Kooperation mit externen Institutionen, bei den Organisations-, Team- und Kompetenzstrukturen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie beim Aufbau eines effizienten Kommunikations- und Informationssystems für die teilweise sehr besorgte Bevölkerung notwendig gemacht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten sich bis an ihre Belastungsgrenzen eingebracht, manche temporär sogar darüber hinaus. 2015 habe sich aber auch deutlich gezeigt, wie schwierig es geworden sei, neue qualifizierte Verwaltungskräfte zu gewinnen: Zehn zusätzliche Stellen habe der Kreistag für Absolventen der Verwaltungsfachhochschule Kehl bewilligt, 20 Zusagen habe die Landratsverwaltung erteilt, aber nur fünf aus diesem Kreis hätten ihren Dienst im Rhein-Neckar-Kreis angetreten. Für Dallinger tritt damit ein strategisches Ziel unwiderprüflich in den Vordergrund: Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kreisverwaltung! Denn: Auch

alle übrigen Aufgaben der Landkreisverwaltung müssten, teilweise mit einiger Verzögerung, selbstverständlich gut, gesetzeskonform und bürger-nah erledigt werden.

BBW-Chef Stich pflichtete dem Landrat Dallinger unumwunden bei: Die Entwicklung im Rhein-Neckar-Kreis zeige überdeutlich, wie schwierig es in den vergangenen Jahren geworden ist, qualifizierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg zu gewinnen: zuerst in der technischen Fachverwaltung, danach in den sozialen



> Trafen sich zu einem Gedankenaustausch im Landratsamt in Heidelberg (von rechts): Hans Werner, Leiter Dezernat I beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis; Landrat Stefan Dallinger; BBW-Chef Volker Stich und seine Stellvertreter Joachim Lautensack und Waldemar Futter; Christoph Schauder, Leiter Dezernat III beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis.

Bereichen und jetzt auch in der allgemeinen Verwaltung. Hauptursachen seien die seit Jahrzehnten andauernde schleichende Abkoppelung der Einkommen im öffentlichen Dienst von den Einkommen in der „freien“ Wirtschaft, verschärft durch die Alimentationspolitik des Landes seit 2011, insbesondere die gravierende Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst, die massiven Absenkungsmaßnahmen in der Beihilfe, die zunehmende Abkehr von den früher gültigen Stellenschlüsseln ...

Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat entschieden:

Ausbildungszeiten auch vor Vollendung des 17. Lebensjahrs sind ruhegehaltfähig

Zeiten der Ausbildung sind auch dann ruhegehaltfähig, wenn sie ein Beamter vor Vollendung seines 17. Lebensjahres durchlaufen hat. Das hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg mit Urteil vom 17. Dezember 2015 (Az.: 4 S 1211/ 14) entschieden. Das Finanzministerium hat inzwischen angekündigt, dem Urteil zu folgen. Entsprechende Schritte wurden bereits in die Wege geleitet.

Der VGH kommt in seinem Urteil zu dem Schluss, dass die nach § 85 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG geltender Fassung i. V. m. § 12 Abs. 1 BeamtVG in der am 31. Dezember 1991 geltenden Fassung (a. F.) dem Grunde nach ruhegehaltfähige Zeiten einer Ausbildung nicht nur ruhegehaltfähig sind, soweit der Beamte sie ab, sondern auch soweit er sie vor Vollendung seines 17. Lebensjahres durchlaufen

hat. Die im nationalen Recht enthaltene Beschränkung auf Zeiten ab der Vollendung des 17. Lebensjahres sei unionsrechtswidrig und deshalb nicht anzuwenden.

Der der Entscheidung zugrunde liegende Fall betrifft einen Telekom-Beamten und somit Bundesrecht. Die Frage der Berücksichtigung von Dienstzeiten vor dem 17. Lebensjahr stellt sich jedoch entsprechend auch in Baden-Württemberg. Durch das Dienstrechtsreformgesetz wurde ab 2011 die frühere Einschränkung, wonach Zeiten vor dem vollendeten 17. Lebensjahr nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden konnten, in § 21 LBeamtVGBW aufgegeben. Allerdings findet die bisherige Regelung für die am 31. Dezember 2010 vorhandenen Beamtinnen und Beamten im Rahmen der Übergangsregelung des § 106 Abs. 5

LBeamtVGBW weiterhin Anwendung (vgl. insbesondere § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, § 12 Abs. 2 Satz 1 BeamtVG in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung).

Der BBW hatte sich daher im Hinblick auf die Entscheidung des VGH Baden-Württemberg an das Finanzministerium Baden-Württemberg gewandt und gefordert, die Altersgrenze nicht mehr anzuwenden und damit Zeiten vor Vollendung des 17. Lebensjahres als ruhegehaltfähig anzuerkennen. Weiter hatte der BBW darum gebeten – auch um den Verwaltungsaufwand in Bezug auf Widersprüche et cetera möglichst gering zu halten –, dies von Amts wegen zu berücksichtigen und auch bereits bestandskräftige Versorgungsfestsetzungen zu korrigieren. Das Finanzministerium hat mit Schreiben vom 21. Juni 2016 hierzu folgen-

des mitgeteilt: „Das Finanzministerium hat bereits entschieden, dem Urteil des VGH zu folgen und beabsichtigt daher, das Landesbeamten-versorgungsrecht entsprechend zu ändern. Im Vorgriff darauf wurde das Landesamt für Besoldung und Versorgung mit Schreiben vom 9. Juni 2016 angewiesen, die Altersbegrenzung bei der Festsetzung von Versorgungsbezügen nicht mehr anzuwenden, die von der Regelung betroffenen Fälle zu ermitteln und eine Neufestsetzung von Amts wegen vorzunehmen. Der Kommunale Versorgungsverband wurde entsprechend informiert.“

Die genauen Modalitäten über die konkrete Umsetzung sind noch nicht bekannt. Über den weiteren Fortgang werden wir berichten.

Arbeitslos während der Sommerferien – das Los von Vertretungslehrern und Referendaren

Lehrerverbände prangern Festhalten an lang ausgeübter Praxis an

Mehr als 8 000 Lehrer in Baden-Württemberg werden am 28. Juli arbeitslos. Das hat die Lehrerverbände im BBW auf den Plan gerufen. Gemeinsam mit der GEW, dem Landeselternbeirat (LEB) und dem Landesschülerbeirat im Land prangerten sie an, dass auch die neue Landesregierung viele Tausend Lehrer während der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlässt.

Etwa 5 000 Referendare und rund 3 000 Vertretungslehrer bekommen in den sechs Wochen der Sommerferien kein Gehalt. Dabei werden die meisten von ihnen nach den Ferien wieder eingestellt. Das hält Baden-Württemberg, wie andere Bundesländer auch, schon lange so. Doch inzwischen verschärfte sich das Problem deutlich, erklärten Vertreter der Verbände, die auf Initiative des Landeselternbeirats zum ersten Mal gemeinsam in Aktion traten. Sie fordern, mehr Lehrer fest anzustellen und die anderen auch während der Sommerferien zu bezahlen, insbesondere auch jene Lehrkräfte, die in den Vorbereitungsklas-

sen für Flüchtlinge tätig sind. Denn viele von ihnen haben nur Zeitverträge und bekommen in den Sommerferien ebenfalls kein Geld.

Um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, werden den Verbänden zufolge immer mehr Vertretungslehrer benötigt. In den Lehrerzimmern vollziehe sich ein Generationswechsel. Viele der jungen Pädagogen gingen in Elternzeit und müssten in diesem Zeitraum vertreten werden. Hinzu komme eine große Zahl von Lehrern, die langfristig erkrankt seien. Die feste Lehrerreserve aus beamteten Lehrern sei viel zu klein, klagen der Phi-

lologenverband, der Berufsschullehrerverband und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sowie die GEW ebenso wie Eltern und Schüler. Deshalb müssten sich die Schulen mit rund 3 000 befristet angestellten Lehrern behelfen.

Der Berufsschullehrerverband nennt die Praxis „unsozial“, der Vorsitzende des Landeselternbeirats, Carsten Rees, hält sie für „unsinnig und kontraproduktiv“. Schon jetzt könnten gar nicht genügend Lehrer für die Vertretungen gefunden werden. Viele wanderten ab, zum Beispiel in die Schweiz, aber auch in andere Bundesländer. „Die Problematik einer

unzureichenden Unterrichtsversorgung wird jetzt erst so richtig Fahrt aufnehmen“, warnt Gerhard Brand, der Vorsitzende des VBE. Noch in ihrem Wahlprogramm habe die CDU versichert: „Wir werden die Beschäftigungsverhältnisse unserer Lehrerinnen und Lehrer so anlegen, dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss.“ Hingegen hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für die grün-schwarze Landesregierung erklärt, die Weiterbeschäftigung der Referendare und Aushilfslehrer wäre zu teuer. 35 Millionen Euro kämen während der Sommerferien zusammen. Ein Nasenwasser, meint Gerhard Brand, angesichts des Landeshaushalts: „Das wäre so, als würde sich jemand mit einem Monatsgehalt von 2 900 Euro überlegen, ob er einmal im Jahr eine Schachtel Zigaretten kauft.“ ■

Philologenverband Baden-Württemberg

Vertreterversammlung bestätigt Bernd Saur im Amt

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW) hat am 1. Juli 2016 in Fellbach Bernd Saur (62) erneut zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Er erhielt 94,88 Prozent der abgegebenen Stimmen. Saur führt den Verband bereits seit 2008.

Im Amt bestätigt wurde auch Karin Kriesell. Sie bleibt stellvertretende Vorsitzende. Neu in diesem Amt ist Jörg Sobora, Vorsitzender der Jungen Philologen. Er löst Klaus Nowotzin ab, den Verbandschef Saur bereits vor der Wahl des neuen Vorstandes mit Worten des

Dankes und der Anerkennung aus seinem Amt verabschiedet hatte. Als wiedergewählter Landesvorsitzender formuliert Bernd Saur die Positionen und Forderungen des Philologenverbandes:

- > Zulassung der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 in Baden-Württemberg;
- > pädagogisches Konzept und Leistungsfähigkeit der Gemeinschaftsschulen auf dem Prüfstand, keine eigenen Oberstufen an der Gemeinschaftsschule;
- > gleiche Bedingungen für die Schularten bei Klassenbil-

dung und Klassenteiler, keine Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen;

- > umgehende spürbare Entlastung der gymnasialen Lehrkräfte durch Senkung der Deputatsverpflichtung und Wiedergewährung gestrichener Anrechnungsstunden;
- > Einstellung der übernommenen Referendare zum 1. August und Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten;
- > Rücknahme der achtprozentigen Gehaltsabsenkung für unsere Berufseinsteiger;
- > keine Abkoppelung der verbeamteten Lehrkräfte von der Lohnentwicklung im

Tariffbereich, keine weiteren Verschlechterungen bei Pension und Beihilfe.

Insbesondere hob Saur aber die Bedeutung der baden-württembergischen Gymnasien hervor. Mit einer Übergangsquote von 43 Prozent seien die Gymnasien die beliebteste Schulart im Land. Als Gastredner erläuterte BBW-Chef Volker Stich die im Raum stehenden Sparpläne der grün-schwarzen Landesregierung, die von Stellenbesetzungssperren über Pensionsabsenkungen und Nullrunden bis hin zur Deckelung von Gehaltserhöhungen reichen. ■

Empfang zum 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden

Chapeau Horst Bäuerle

Wer ihm begegnet, ihn erlebt, der glaubt es nicht. Dennoch ist es wahr: Horst Bäuerle hat am 17. April 2016 seinen 80. Geburtstag gefeiert. Zum privaten Geburtstagsfest hatte der Jubilar neben seiner Familie zwar auch schon namhafte Gäste aus Politik, Gesellschaft und der Beamtenbundfamilie empfangen. Beim Geburtstagsempfang am 27. Juni, mit dem der BBW seinen Ehrenvorsitzenden feierte, gaben sich dann eine noch größere Schar von Bäuerles Wegbegleitern ein Stelldichein, allen voran Willi Stächele, Finanzminister a. D., Frieder Birzele, Innenminister a. D., der langjährige Staatssekretär und Chef der Landesvertretung in Bonn, Gustav Wabro, Stefanie Schneider, die baden-württembergische Landessenderdirektorin des SWR und der stellvertretende Landessenderdirektor Hans-Peter Archner sowie der BTB-Bundesvorsitzende Jan Seidel und Dr. Wolf Zitzmann, der Vorsitzende der Gewerkschaft BTBkomba Baden-Württemberg, der Nachfolgegewerkschaft des BTB Baden-Württemberg, den Bäuerle 1973 gegründet hatte.

Der Ehrenvorsitzende des Beamtenbunds und der CDU-Politiker Willi Stächele haben sich auf ihrem beruflichen Weg – jeder an seinem Platz – immer wieder getroffen und schätzen gelernt. Deshalb war es auch Stächele, der für „Horst, der 80 wurde und keiner hat’s gemerkt“, die Laudatio hielt. Mit launigen Worten charakterisierte er den BBW-Ehrenvorsitzenden als einen Mann, der mit „klarer Sprache seinen Leuten eine Stimme gegeben hat“. Bäuerle habe den Politikern „die Hosen stramm gezogen“. Als perfekter Strategie sei er scharf im Angriff, aber stets verlässlich im Kompromiss gewesen. „Bei

ihm wusste man immer, woran man ist“, sagte Stächele rückblickend auf die Zeit, als Bäuerle zunächst beim BTB und von 1991 bis 2003 an der Spitze des BBW stand. In Stächeles Rückblick fehlte natürlich auch nicht jene Episode um das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, das nicht nur die „erlaubten drei Monate“, sondern mehr als zwei Jahre in der Villa Reitzenstein liegen blieb, weil der damalige BBW-Vorsitzende Bäuerle die von der Organisation beschlossene „Eiszeit“ gegenüber der Regierung Teufel in vollem Zuge auslebte. So lag die hohe Auszeichnung, die Bundespräsident Herzog am 18. April 1996 unterzeichnet hatte – sozusagen „vom Teufel geholt“, wie Stächele es ausdrückte – bis zum 30. April 1998 im Staatsministerium, wo sie Ministerpräsident Teufel dann endlich Horst Bäuerle im Rahmen einer Feierstunde übergab.

Am Ende seiner Laudatio hatte Stächele schmunzelnd festgestellt, er höre jetzt mit reden auf, denn er wisse, dass nach ihm noch der Jubilar sprechen werde. Es stellte sich schnell heraus: Der langjährige Weggefährte hatte den Jubilar richtig eingeschätzt: Bäuerle beließ es nicht bei Dankesworten für Stächele und BBW-Chef Stich, der zu Beginn der Veranstaltung nicht nur Bäuerles Engagement für die Organisation, sondern auch dessen Leidenschaft für den Tanzsport, das Schachspiel und seine Zeugnensammlung gewürdigt hatte. Im Gegenteil: Der Jubilar begrüßte die meisten seiner Gäste namentlich und hatte zu jedem die passende Geschichte parat, mal sachbezogen, meist aber eingebettet in Gegebenheiten, die zur Erheiterung der Geburtstagsgäste angetan waren. Es machte Freude zuzuhören – Chapeau Horst Bäuerle. ■



Der Jubilar begrüßte viele seiner Gäste namentlich und hatte zu jedem eine passende Geschichte parat.



Dichtes Gedränge im Foyer der BBW-Geschäftsstelle in Stuttgart



BBW-Chef Volker Stich würdigte die Verdienste des Ehrenvorsitzenden



Auf der Terrasse – der Hausherr, der Jubilar und prominente Gäste (von links): BBW-Chef Volker Stich; Finanzminister a. D. Willi Stächele MdL; Innenminister a. D. Frieder Birzele; BBW-Ehrenvorsitzender Horst Bäuerle; FDP-Landtagsabgeordneter Dr. Tim Kern; Staatssekretär a. D. Gustav Wabro



Blumen für die Gattin des Jubilars

Willi Stächele MdL, Finanzminister a. D., charakterisierte in seiner Laudatio mit launigen Worten das Wirken und die Person Horst Bäuerle

Auf ein Wort, Herr Ministerpräsident

In einer mittelgroßen Stadt in Baden-Württemberg, 5. Juni 2016

Lieber Herr Kretschmann,

Sie machen eine „Politik des Gehörtwerdens“. Das finde ich prima! Sie empfinden die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungen als eine Bereicherung. Alle Achtung, das hört man selten!

Wahrscheinlich liegt es also nur daran, dass ich bisher zu leise war, wenn ich nicht gehört wurde. Vielleicht haben aber auch noch nicht alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg von der Sache mit der Bereicherung gehört.

Dass ich Ihnen heute einen Brief schreibe, hat zwei Gründe: Zum einen wünsche ich mir, dass Sie mir noch mal genau erklären, wie das funktioniert mit dem „Gehörtwerden“, und zum anderen würde ich mich richtig freuen, wenn Sie das mit der Bereicherung weitersagen könnten.

Vielleicht habe ich auch nur etwas missverstanden und die Sache mit dem Einmischen gilt nicht für Beamte. Sie müssen nämlich wissen, dass ich Lehrerin bin. Gelegentlich haben Sie schon geäußert, dass Beamte auf hohem Niveau jammern würden. Sind Sie vielleicht der Ansicht, dass man das Recht auf Jammern erst unter einem bestimmten Einkommen erwirbt? Sollte das so sein, muss ich Ihnen an diesem Punkt heftig widersprechen und Sie bitten, doch noch mal im Grundgesetz nachzulesen (Art. 1 bis 19, damit Sie nicht so lange suchen müssen).

Schon des Öfteren haben meine Kollegen und ich Briefe an vorgesetzte Behörden geschrieben, wenn wir Bedenken hatten (das dürfen wir, siehe „Remonstrations“). Wir haben auch fast immer eine Antwort erhalten. Darin wurde uns erklärt, dass wir die Sachen nur nicht richtig verstanden hätten. Ach so.

Einmal hat mich das so gefuchst, dass ich noch zwei Mal zurückgeschrieben habe. Ich hatte nämlich sehr wohl verstanden, worum es geht, war aber dennoch anderer Meinung. Nun könnten Sie sagen: Na ja, offensichtlich steht sie (also ich) ja alleine da mit ihrer Meinung. Aber nein, Herr Kretschmann, ich versichere Ihnen, so ist das nicht. Leider wagen sich viele Kolleginnen und Kollegen aus Angst vor Repression nicht mehr, ihre Meinung zu sagen. Ich bin Geschichtslehrerin und halte es für außerordentlich wichtig, in einer Demokratie sein Recht auf freie Meinungsäußerung zu nutzen, sonst könnte es nämlich sein, dass die Demokratie gar nicht mehr lange eine Demokratie ist.

Aber ich schweife ab, ich wollte Ihnen ja erzählen, was mir widerfahren ist, nachdem ich mich das zweite Mal an eine vorgesetzte Behörde gewandt hatte: Es ging um ein Projekt, das an Realschulen neu eingeführt werden sollte: „Profil AC“. Sie haben vielleicht schon davon gehört. Wenn nicht, ist auch nicht schlimm, denn heute geht es mir nicht um den Inhalt, sondern um die Art und Weise, wie ich „gehört“ wurde. Also: Eines Nachmittags rief mich eine hochrangige Mitarbeiterin des Schulamtes an. Sie war nicht sehr gut auf mich zu sprechen (das konnte ich an ihrer Stimme und an den Formulierungen deutlich hören). Sie lud mich zum Gespräch ein, weil sie vom Kultusministerium erfahren hatte, dass ich besagtes „Profil AC“ mehrfach kritisiert habe. Ich wurde also ins Schulamt vorgeladen, was irgendwie unangenehm war. Ich hoffte aber insgeheim darauf, hier gehört zu werden. Diese Hoffnung wurde schon zu Beginn des Gesprächs enttäuscht: Es sollte gar nicht um „Profil AC“ gehen, denn bei diesem Projekt sei „Kritik nicht mehr gefragt“ (ich kann hier zitieren, weil ich mir während des Gesprächs einige Notizen gemacht habe). Es ging vielmehr um mich: Ich wurde aufgefordert, mein Verhalten zu ändern. Meine dienstliche Loyalität wurde infrage gestellt und damit hing das Damoklesschwert des Disziplinarverfahrens über mir. Das spürte ich ganz deutlich. „Jetzt muss mal Ruh' sein“, wurde mir gedroht. Es würde lediglich erwartet, dass ich meine Pflicht tue. Herr Kretschmann, ich versichere Ihnen, dass ich meinen Pflichten in allen Bereichen vorbildlich nachkomme. Es sei denn, Schweigen gehörte auch zu meinen Pflichten. Einen entsprechenden Paragraphen konnte ich aber nirgends finden.

Das Gespräch hat mich ratlos, enttäuscht und wütend zurückgelassen. Wissen Sie, ich glaube nach wie vor, dass Demokratie eine richtig gute Sache ist und ich bin ein großer Fan von Ihrer Politik des Gehörtwerdens. Aber in unserem Bundesland wird man nicht gehört und schon gar nicht wird Kritik als Bereicherung empfunden. Das finde ich schlimm und außerdem widerspricht es fundamental Ihrem Politikansatz. Finden Sie nicht auch?

Ihre

Realschullehrerin

(Name und Anschrift der Briefeschreiberin sind der Redaktion bekannt)